

Kraimer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinstufig.
Bezugspreis für den 1. Monat 2 Goldmark. Falls
wir in der Vorauszahlung oder auf Bestellung den
Bezug auf die Lieferung des Blattes oder auf die
Zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion veran-
wortlich: H. Schubert, Kamen.

Dr. 201 (1. Blatt)

Mittwoch, den 27. August 1924

52. Jahrgang.

Keine andere Möglichkeit als Reichstagsauflösung?

Reichstag.

(Sitzung vom 26. August.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Entschädigungsgesetze. Abg. Dietrich (Deutschnat.) kritisiert das Verhalten des Reichspräsidenten bei der letzten Reichstagsauflösung, weil er die durch die Regierung gebotene Mehrheit nicht verhindert habe. Der Abgeordnete hält weiter dem Reichspräsidenten das Recht vor, daß er seine Befugnisse überschreite und daß die Reichsbank das Geld, das die Landwirtschaft sich selbst beschafft habe, den Landwirten zu 7 Prozent anleihe, das sei allerdings ein glänzendes Geschäft für das Reich. Der Bankgesetzentwurf laide die Deutschnationalen nicht ein, die Verabschiedung der Vorlage zu fördern. — Abg. Keil (Soz.) bedauert, daß es das Eingreifen des Auslandes bedürfte, um uns die Wege zu einer stabilen Währung finden zu lassen. Die Wurzel der Verfallung der deutschen Währung liege in der Kriegsfiskalpolitik, an der Herr Dietrich und seine Freunde Schuld waren. — Abg. Hammer (Zentr.): Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach der Organisation der neuen Reichsbank das Ausland einen gewissen Einfluß auf unser Geldsystem ausübt. Die Währungspolitik liegt nicht mehr allein in ihrer Hand. Wir müssen nicht, daß unser Volk noch einmal einer schweren Prüfung unterworfen wird wie in der Inflationszeit. Die deutsche Wirtschaft ist bereit, die schweren Opfer der Inflationsbelastungsgesetze auf sich zu nehmen. — Abg. Kunkel (D. Wpt.) kritisiert die bisherige Praxis der Reichsbank, die nur Geld gedruckt und damit die Inflation gefördert habe. Die Rentenmark könne nicht die endgültige deutsche Währung sein. Darum sei die Annahme der Bankgesetze eine unumkehrliche Notwendigkeit. — Abg. Feder (Nat.-Soz.) bezeichnet die Vorlage als den Versuch, das deutsche Volk in die Fiskalpolitik der internationalen jüdischen Kapitalisten zu bringen.

Reichswirtschaftsminister Hamm betont, die Rentenmark könne nicht auf sich allein gestellt die Stabilität der Währung darstellen. Die Reichsregierung wolle keineswegs die unter dem Zwange der harten Notwendigkeit eingebrachten Gesetze als besondere Wohltaten eintreiben, aber andererseits dürfe man auch nicht die Nachteile der Vorlage überbetonen. Es sei keine Rede davon, daß die deutsche Reichsregierung dem Ausland ausgeliefert wird. — Abg. Graf Bernstorff (Dem.) weist darauf hin, daß in dem Gesetze doch nichts zu ändern sei, darum sei es besser, ohne lange Reden und parteipolitische Auseinandersetzungen möglichst schnell zur Annahme zu kommen, die eine nationale Notwendigkeit sei. Für einen guten Deutschen muß es tatsächlich unmöglich sein, am Donnerstag mit „Nein“ zu stimmen. — Abg. Dr. Pfeiffer (Bapt. Wt.) bedauert, daß bei der Umwandlung der Rentenbank nicht genügend Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen worden sei. — Abg. Holzamer (Wirtsch. Verein.) verlangt die Ausdehnung der Kredithilfe auch auf Handwerker und Kleingewerbe. — Abg. Stod (Dtsch. Soz.) steht in der Goldnotenbank das Instrument der Hochfinanz zur Verflüchtung des deutschen Volkes.

Bei der zweiten Beratung der Vorlage

Industriebelastung

empfehlte. Abg. Schneider (Dtsch. Wpt.), daß auch die wachsenden Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden in den Kreis der belasteten eingeschlossen werden sollten, ebenso die kleinen Sparkassen, die im wesentlichen als Bankbetriebe arbeiten. — Abg. Dr. Rejune (Dtschnat.) lehnt die Vorlage ab. — Abg. Frau Seidler (Soz.) wendet sich gegen die Kommunisten, die mit ihrer Ablehnung der Vorlage sich tatsächlich als Gegner der Schwerverarbeiteten bekannt hätten. — Abg. Koenen (Kom.) betont, die Industrie werde die ihr auferlegten Lasten auf die breite Masse der Belasteten verlagern. — Abg. Schröder (Nat.-Soz.): Die sogenannte Industriebelastung würde tatsächlich die deutsche Arbeiterschaft treffen und sie zu Sklavendiensten für das internationale Kapital zwingen. — Abg. Dr. Becker (Dtsch. Wpt.) weist auf die eigenartige Übereinstimmung zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten hin und rechtfertigt die Zustimmung seiner Freunde zu den Entschädigungsgesetzen.

Hierauf folgt die zweite Beratung des

Reichstagsauflösungsgesetzes. Abg. Schumann (Soz.) stimmt den Vorlagen zu. — Von der Deutschen Volkspartei ist ein Antrag eingebracht, darauf hinzuwirken: a) daß die Gebiete, die über die im Art. 123 des Verfassungsgesetzes bezeichneten Grenzen hinaus befestigt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber erheblich vor dem 15. August 1925 geräumt werden; b) daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird, wie dies auch von den englischen Kronjuristen als notwendig erkannt wurde; c) daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Befestigung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befestigung der Befestigungsbeständen gezogenen Grenzen nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande im Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschnitten werden. — Ein Antrag von Hammer (D. Wpt.) verlangt in § 4 die Bestimmung, daß die Entschädigungsgesetze nicht in Kraft treten, wenn die 800-Millionen-Anleihe nicht zu Stande kommt. Außerdem liegen noch verschiedene Entschädigungsgesetze zu dem Gesetz seitens der Deutschen Volkspartei und des Zentrums vor.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) erklärt es für sehr bedenklich, daß an den Verhandlungen Staatssekretär Bergmann beteiligt war, der Kompagnon eines in diesen Dingen geschäftlich interessierten Frankfurter Bankhauses. — Reichswirtschaftsminister Dietrich stellt fest, Staatssekretär Bergmann sei von der Regierung wegen seiner Sachkunde um seine Teilnahme an den Verhandlungen gebeten worden. Er habe dem Reich in London ausgezeichnete Dienste geleistet, für die die Regierung ihm Dank schulde.

Am 9. Uhr wird die Weiterberatung auf

Mittwoch verlagert.
Wie aus Berlin gemeldet wird, haben alle Versuche, die gestern im Reichstag von verschiedenen Seiten gemacht worden sind, um die Deutschnationalen zu bewegen, der Verabschiedung der Dabesgesetze nicht gefolgt zu werden, zu keinem Resultat geführt. Die von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Erklärung, über frühere Räumung und eine sachgemäße Handhabung und Auslegung des Rheinlandsabkommens (siehe Reichstag) sei von den Deutschnationalen nicht als befriedigend anerkannt worden, da sie nur eine Aufforderung an die Regierung darstellten, auf dieses Ziel hinzuwirken. Vom Deutschnationalen Standpunkt aus sei zu fordern, daß die Erreichung dieses Ziel eine Bedingung für das Inkrafttreten der Gesetze wird. Auch eine Resolution der Deutschen Volkspartei über die Kriegsschuld erscheint den Deutschnationalen nicht als ausreichend. Der Antrag des Abg. Dredt wegen der Aufhebung des verfassungswidrigen Charakteres des Eisenbahngesetzes dürfte nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit finden, da auch die Sozialdemokraten dagegen stimmen werden. Alles in allem sieht man nunmehr keine andere Möglichkeit als die Auflösung des Reichstages.

Der dem Reichstage zugegangene vorerwähnte Antrag Dr. Dredt (Wirtsch. Verein.) will das im Eisenbahngesetz ausdrücklich festgelegte Erfordernis eines verfassungsändernden Gesetzes streichen, sobald bei Annahme dieses Antrages für das Eisenbahngesetz keine Zweidrittel-Mehrheit, sondern nur eine einfache Mehrheit nötig wäre. Der Sozialdemokrat weist zu melden, daß die Entscheidung der Deutschnationalen, ob sie für die Abstimmung am Donnerstag im Reichstage den Fraktionszwang beschließen wollen, erst von der Fraktionsführung erwartet werde, die nach dem Abschluß der Reichstagsdebatte am Mittwoch abend stattfinden soll.

Wahlvorbereitungen des Zentrums.

Die „Germania“ teilt mit, daß sich das Zentrum bereits auf die neue Wahl vorbereitet. Die Parteiorganisationen des Zentrums seien von partei-offizieller Seite auf neue Hingewiesen worden alle Vorbereitungen zu treffen, um sofort in die Wahlbewegung einzutreten zu können.

Der Ruf des Westfälischen Bauernvereins.

(W) Der Gesamtvorstand des Westfälischen Bauernvereins nahm in seiner auf gestern einberufenen außerordentlichen Sitzung zu dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen wie folgt Stellung: Das Dawesgutachten legt der deutschen Wirtschaft eine Belastung auf, die auf die Dauer untragbar ist. Das Londoner Protokoll hat diese Belastung in einzelnen Punkten noch verstärkt. Wir würdigen daher die außerordentlichen Bedenken, die ihrer Annahme entgegen stehen. Gleichwohl müssen wir erklären, daß die Gesamtagende die Annahme gebietet, in dem eine Ablehnung außerpolitisch und unabsehbare Verlängerung der Befestigung, unüberwindlichen Zeitverlust und schwerste Gefährdung auch des nächsten Reichstages, innerpolitisch eine Reichstagsauflösung mit neuen zersetzenden Wahlen und möglichen folgenreichen Rückschlüssen, wirtschaftlich der Zusammenbruch infolge der dann unlosbar werden den Kredit- und Geldfragen nach sich ziehen würde. Wir erwarten von den uns nahestehenden Abgeordneten, daß sie getreu der Parole „Das Vaterland über die Partei!“ dieser überaus ersten Lage Rechnung zu tragen und den zu erhoffenden allmählichen Gesundungsprozess und die Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht durch Ablehnung ins Gegenteil verkehren. Freilich v. Kerckhoff.

Immer neue dringende Appelle um Annahme des Londoner Abkommens.

Wie das Volksbüro meldet, gehen aus allen Teilen der besetzten Gebiete der Reichsregierung immer noch zahlreiche Kundgebungen von allen Bevölkerungsschichten zu, in denen die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Reichstag die Dawesgesetze annimmt. Neben der Kundgebung des Provinzialausschusses der Provinz Westfalen und des Dortmunder Magistrats liegen u. a. Kundgebungen vom Magistrat, dem Westfälischen Ausschuss und der Stadtverordnetenversammlung von Wiesbaden vor, in denen im besonderen auf die traurige Lage der wirtschaftlich auf das äußerste belasteten Stadt Wiesbaden hingewiesen wird. Weitere Telegramme ähnlichen Inhaltes sind aus Bingen und Kellinghausen eingegangen. In einem Telegramm der Organisation des Einzelhandels für Rheinland und Westfalen wird ausgedrückt, daß der Mittelstand des besetzten Gebietes die Annahme der Gesetze fordert. In ähnlichem Sinne sind Telegramme des Wirtschaftsausschusses des Tabakgewerbes des besetzten Gebietes, des Vereins der selbständigen Kaufleute von Worms, der Industrievereinigung und des Wormser Arbeitervereins gehalten. Die Zentrumspartei in Westfalen fordert die Annahme des Abkommens, weil kein Erwerbsstand des besetzten Gebietes die Last länger tragen kann. Auf die katastrophalen Wirkungen der Nichtannahme wird auch in Telegrammen der katholischen Arbeitergesellschaft des bergischen Landes und der Soz. Partei der Bezirke Bochum und Gelsenkirchen hingewiesen. Endlich liegen noch Telegramme der Handelskammer in Essen, M. Gladbach und Duisburg-Ruhrort vor, die sich in gleicher Weise für die Annahme der Dawesgesetze aussprechen. In den Telegrammen an den Reichskammer wurde weiter mitgeteilt, daß die Handelskammer des besetzten Gebietes in letzter Minute an die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei Telegramme mit dringenden Appellen richtete, sich für die Annahme des Dawesgutachtens auszusprechen.

Auch der französische Senat für Herriot.

Von der demokratischen Linken wurde im französischen Senat folgende Tagesordnung eingebracht: „Der Senat billigt die Erklärung der Regierung, er vertritt ihr, daß die Londoner Abmachungen weiterführt und die Garantie sichert, die für die Sicherheit Frankreichs und für die befriedigende Regelung der alliierten Schulden notwendig ist, und geht dann zur Tagesordnung über.“ Der Senat hat diese Tagesordnung mit 204 gegen 40 Stimmen angenommen.

Poincaré zum Londoner Abkommen.

Im Senat erklärte Poincaré, er werde nicht versuchen, wenn Frankreich tatsächlich sich vor dem wahren Frieden befindet, aus egoistischen Gründen die Ergebnisse der Londoner Konferenz herabzusetzen. Alle Franzosen seien einig darin, daß der Krieg vermieden werden soll. Nur über die Mittel liegen sie verschiedene Meinungen. Zudem er dem Rat Herriots Anerkennung zollt, erinnert er daran, daß er den Sachverständigenplan angenommen und daß unter dem früheren Ministerium das Einverständnis zwischen den Alliierten Fortschritte machte, die MacDonald besonders anerkannte. Er bemerke, daß die Befestigung des Ruhrgebietes Deutschland zu versöhnlicheren Gedanken gebracht hat. Frankreich mußte sich darauf beschränken, seine Lage im Ruhrgebiet zu festigen, da es den Alliierten und besonders England und den Vereinigten Staaten gegenüber unhöflich gewesen wäre, allein mit Deutschland einen Vertrag zu schließen. Der Dawesplan trägt dem Anwachsen der deutschen Schulden Rechnung, läßt der Reparationskommission die Macht, Verfehlungen festzustellen und macht aus der deutschen Schuld ein handelsfähiges Objekt. Frankreich hätte aber seine Pfänder vor Verwirklichung der Versprechungen nicht aufgeben dürfen. Ohne Ruhrbefestigung wäre es nicht möglich gewesen, von Deutschland die Einwilligung zu erhalten, seine Eisenbahnen einer besonderen Organisation zu überlassen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sucht Poincaré zu beweisen, daß ohne die Befestigung des Ruhrgebietes der Dawesplan nicht aufstehen gekommen wäre. Poincaré wendet sich dann gegen das Schiedsgerichtsverfahren, das in London beschlossen worden sei. Das schlimmste an den Londoner Abmachungen sei das, was sich auf die Räumung beziehe. Er hätte es dem Wohl Frankreichs vollkommen entsprechend gehalten, wenn keinerlei Räumung erfolgt wäre, bevor die im Dawesplan vorgesehenen Obligationen untergebracht seien. Wenn die Obligationen nicht untergebracht würden, bräche der ganze Dawesplan zusammen, und dann werde Frankreich seine Pfänder wiedernehmen müssen. Deutschland werde den Einmarsch nicht wieder gestatten oder es werde Blut fließen. Es komme hinzu, daß im Sachverständigenplan Deutschland ein vierjähriges Moratorium gewährt werde. Wenn Deutschland schlechten Willens sei, wie solle man dann wieder ins Ruhrgebiet kommen? Sollte man kein festes Datum für die Räumung festsetzen, so hätte man Deutschland dazu veranlaßt, die Durchführung des Dawesplanes zu erleichtern. Wenn Frankreich an der Ruhr die Flotte von Spithead hätte, so wäre es viel mehr in Sicherheit. Da wir sie nicht haben, so können wir nicht zulassen, daß Köln im Januar nächsten Jahres geräumt wird. Wenn England die Gewissheit hätte, daß Köln, wenn es von ihm geräumt würde, von uns besetzt würde, so würde es unzweifelhaft zögern, seine Truppen zurückzuziehen. Das Gerüst der Londoner Abmachungen ruht auf wankendem Boden, nämlich auf der Loyalität Deutschlands. Poincaré schloß, wir wollen den Frieden, aber es wird niemals einen wirklichen Frieden geben, wenn eine Erfüllung des Friedensvertrages nicht durchgeführt wird.

Herriot

führte hiernach aus: Die Regierung steht zum ersten Mal in dieser so schwierigen Reparationsfrage vor etwas tatsächlich Positivem. Die Politik Poincarés ist klar. Er hat eine tatsächliche Regelung der Reparationsfrage stets verweigert. Wenn wir in London den Bruch herbeigeführt hätten, so hätten wir den Status quo im Ruhrgebiet nicht aufrechterhalten können. Deshalb mußten in London Konzessionen gemacht werden. Neben der Notwendigkeit des Einmarsches in das Ruhrgebiet kann man geteilter Ansicht sein. Ich war nicht dafür. Vom Januar nächsten Jahres an, werden wir notwendigerweise einen Wirtschaftsvertrag mit Deutschland haben müssen. Ich habe versucht, ihn vorzubereiten. Bezüglich der Kontrolle der deutschen Räumungen habe ich mich mit MacDonald bemüht, deren Wiedereinnahme zu sichern. Die Regierung ist der Meinung, daß der Krieg vielleicht zu einem befriedigenden Abschluß geführt hat. Aber wenn man künftig im Frieden die Methode des Krieges fortsetzt, so ist das nicht die beste aller Lösungen.

Eine Ant-
falschungs-
den Segen
in Zukunft
wird durch
wird werden
werden, nach
einmalig er-
den Deut-
ungen, Herr
dieser, gegen-
en sind, an
teilnehm-
müßig be-
ungen durch
folgt: „Ich
pflichtungen
aufforderung
nachge-
Teilnahme
Ausstellungen
der ge-
gegen. Hier-
den der Ver-
rigen in der
de Postkarte
betont dann
General-
von Woh-
se in der
is gebracht
an die Be-
an die Ge-
wir bei
oben, jeder
recht schne-
es.) Gemäß
zufolge, die
approbierte
vom 2
abgeändert
bühren in
für appro-
Fassung
auf weite-
an die dort
ger: Kran-
affen, Er-
alten- und
Angeklagten
sind.
effektbe-
kten Jahren
eines Mann
in Unna,
Mann, fest-
Erkrankung
Abwehrmaß-
volle Unter-
n. Der Kran-
Anspruch
der häufigen
den gleichen
Verleitung
der. Die Be-
haben daher
aufzutreten
der Fall von
Kranken
Polizei-
diese ein-
mt. Wer es
Krankes zu
ist nur sich
und selbst
Anstalt vor-
Zeit von
ers leicht zu
gung treter
in der Form
den Sten-
an man einen
Boden, dann
volle finden,
minder von
deren Fällen
en, daß sich
schlechte sel-
so wird man
auf einem
vertraut sind,
gebühren ist
an der Sch-
Bedeutung
des Krebs-
an, daß es
einmalig hat
der Krebs-
mit abso-
gehören weiter
bedeuten im
et eine der-
einen beim
Anzeige er-
ebs auf den
ihn praktisch
des Anbaus
vorher für
terende Kran-
Gerade diese
Bekämpfung
legen, sich
rungen der
ungen dadurch
von Krebs-
Solche Sorten
Adel, Magde-
n, Barnack-
ung des Kran-
obsefester Sor-
te des Kran-
aus-
offensiv „Aus-
besellens
nehmen.

Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge im
Erwerbsnachweisgesetz (Kamen.) Der Herr Preu-
sche Minister für Volkswohlfahrt hat durch
Erlass vom 18. August 1924 angeordnet, daß
vom 1. September 1924 ab je 1/4 % vom
Grundlohn an Beitrag zur Erwerbslosenfür-
sorge an die Landesausgleichsstelle in Preußen
bezogen, an die Provinzialausgleichsstelle in Mün-
chen abzuführen sind. Der Beitrag zur Er-
werbslosenfürsorge erhöht sich demgemäß vom
1. September 1924 ab von 0,6 % auf 1,6 %
vom Grundlohn. Die Beiträge sind in vol-
ter Höhe an den öffentlichen Arbeitsnachweis
Kamen, Konto 668 (Stadtparaffine Kamen)
abzuführen. Vom 1. September 1924 ab
sind also 1,6 % vom Grundlohn bezogen, vom
tatsächlichen Arbeitsverdienst als Beitrag zur
Erwerbslosenfürsorge zu erheben, jedoch Ar-
beitgeber und Arbeitnehmer je 0,8 % zu lei-
sten haben.
(Zum Kampf im Baugewerbe.) Die
Oberbürgermeister und Landräte von
Rheinland und Westfalen nahmen in
einer in Essen abgehaltenen Besprechung zur
Auswertung der Bauarbeiter Stellung. Eine
Erörterung der Frage, ob etwas zur Be-
hebung der Differenzen zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern, führte zu der
einstimmigen Auffassung, daß es nicht
angängig sei, in den großen Wirtschaft-
skämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern einzugreifen. Unbedingt notwendige
Arbeiten müssen gegebenenfalls in eigener
Regie ausgeführt werden. Auch die Frage
einer etwaigen Unterbrechung der Ausge-
wertung wurde besprochen und einig-
stimmig beschlossen, daß in gleicher Weise ver-
fahren werden müsse wie bei früheren Aus-
ständen und Auswertungen. Eine all-
gemeine Unterbrechung der Auswertung
kann nicht in Frage kommen. Hilfe durch
die Gemeinden dürfe nur in Einzelfällen ein-
treten, wenn es sich um eine besondere No-
tlage handle. — Von den Arbeitgeberverbän-
den wird die Zahl der Auswertungen auf in-
gesamt 45—50 000 angegeben. Die Angaben
der Gewerkschaften bleiben wesentlich darunter.
— Am gestrigen Dienstag fanden im Rathaus
zu Varmen, unter der Leitung des Schlichters
Weiß, Einigungsverhandlungen für das Bau-
gewerbe in Rheinland und Westfalen statt.
(Eisenbahner tagen.) Die Gewerkschaft
Deutscher Eisenbahner (GDE), die Einheits-
organisation der gewerkschaftlichen und national ge-
sinnten deutschen Eisenbahnbeamten, Arbeiter
und Arbeiter hält am Sonntag, den 21. Sept.,
in Münster im großen Saale des Gesellen-
hauses ihre diesjährige Versammlung ab. Die
Tagung wird bedeutend werden durch die Re-
ferate führender Berufsvertreter und Stellung-
nahme der Mitglieder zu der Frage der Um-
wandlung der Reichsbahn und der Neuor-
nung der Personalverhältnisse.
(Kleine Gewerkschaften von Krankentafeln.)
Zur Gewerkschaften sind von einzelnen Gemein-
den die Zwangsbeiträge in Anspruch ge-
nommen worden, sowohl allgemeine Dis-
ziplinar- und Betriebskrankentafeln. Die be-
treffende Steuerverordnung sieht zwar auch
die „entsprechende Tätigkeit“ von Vereinen aus,
als steuerpflichtig vor. Nach einem Bescheide
des Finanzamts muß es sich dabei aber
um eine Tätigkeit handeln, die der Betätig-
te gewerblich betriebe ähnlich ist, mithin
um eine wirtschaftliche. Der Gewerkschaften un-
terliegt nicht die Tätigkeit der öffentlich-rech-
tlichen Verbände, die sich als Ausfluß der
öffentlich-rechtlichen Gewalt darstellen. Dasselbe
gilt für die Knappschafts-Krankentafeln.
(Spartafest und Anweisung.) Der
allgemeine deutsche Spartafest und Kommu-
nalanstalttag nahm in der Aufwertungfrage
eine Entscheidung an, in der die Spar-
tisten den Wunsch ausdrückten, daß
bei der im Reichstage zur Erörterung stehen-
den Erledigung der 2. Steuernverordnung
ihnen die Aufwertung ihrer wirt-
schaftlichen Kapitalanlagen gesichert
wird, die sie in den Stand setzen, unter größt-
möglicher Vereinfachung des Feststellungs-
verfahrens die Spartelagen auf einen
nennenswerten Prozentsatz in
Goldmark aufzuwerten.
Seltene Fingerringe sind in den
letzten Tagen in großer Menge in den Ver-
kehr gebracht worden. Bei allen größeren
Jah- und Annahmefestlichkeiten sind solche Fing-
ringe angehängt worden. Der Ring, Zahl
und Aufschrift sind stark und verschwommen
geprägt, während die Rückseite ziemlich gut
ausgefallen ist. Teilweise fehlt auch die Rand-
abgrenzung.
// Münche, 27. August. (Reichsbanner
„Schwarz-Rot-Gold“.) Sonntag vormittag fand
hier eine öffentliche Versammlung statt, in der
Schriftführer Adolf Philippson, West-
hofen über das Thema: „Was will das Reichs-
banner „Schwarz-Rot-Gold“ referierte. Red-
ner gab zunächst einen kurzen Überblick über
die letzten Jahre, mit dem Waffensstillstand im
Jahre 1918 beginnend. Sodann forderte er
auf, mit der Vergangenheit zu brechen und in
Erkenntnis von Gegenwart und Zukunft am
Aufbau des Vaterlandes zu arbeiten. Auf
Grund der Verfassung von Weimar will das
Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ die Republik
zu dem Staate ausbauen, in dem sich jeder
der guten Willens ist, heimlich fühlen kann.
Nur unter dem schwarz-rot-goldenen Banner
wird es uns möglich sein, den großdeutschen
Gedanken zu verwirklichen, dessen Hauptziel die
Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich sein muß.
Nachdem Redner noch des unbekannten Sol-
daten gedacht hatte, entwickelte er die Ziele
des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. In
der Ansprache kam zum Ausdruck, daß man
auch in Münche freudig zusammensteht, um eine
starke Ortsgruppe zu schaffen.
(W) Dortmund, 26. Aug. (Die republik-
nische Kundgebung.) Die vom Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Fabrik-
und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund
für Sonntag nachmittag veranstaltete republi-
kanische Kundgebung wies trotz des ungünsti-
gen Wetters eine ungeheure Beteiligung auf.
Schon vor 1 Uhr sammelten sich die Gewerks-
chaften und Vereine und ordneten sich zu

einem gewaltigen Demonstrationsschlag. Im
Saale des Freiheitsbundes, der dicht besetzt war,
ergriffen der Vorsitzende des Deutschen Me-
tallarbeiterverbandes und der Vorsitzende des
Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes das
Wort zu kurzen Ansprachen. Beide Redner
gaben einen Überblick über die Ereignisse seit der
Revolution und forderten zur Wahrung und
Förderung der deutschen Republik auf. Ein
dreifach donnerndes Hoch auf die Republik
schloß den feierlichen Teil ab, dann trat der
Arbeitergesangsverein mit vorzüglichen Darbie-
tungen auf den Plan. Der einseitige Regen
verhinderte einen Teil des Programms, der
sich im Freien abspielen sollte und zwang die
Teilnehmer in die Säle, aber dennoch schloß
das fest harmonische ohne jeden Mysterium ab.
Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.
W Dortmund, 26. Aug. (Gewerkschaftliche
Stadtverordnetenversammlung.) Zu der von dem
kommunistischen Stadtverordnetenrat geleiteten
ohne vorherige Verständigung mit den anderen
Parteien einberufenen Stadtverordnetenversam-
lung hatten sich nur die Kommunisten und ein
Teil der Abgeordneten der Kriegsbefugigten
eingefunden. Da diese zusammen nur 23 Ab-
geordnete waren, mußte der Stadtverordneten-
vorstand die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit
wieder schließen.
(—) Dortmund, 27. August. (Die
christlichen Gewerkschaften zur Preis-
bildung.) Das Bezirkskartell der christlichen
Gewerkschaften Dortmund-Hörde wendet sich in
einer Eingabe an die preussische Staatsregie-
rung gegen Mißstände in der Preisbildung
im Handel, die eine große Erregung und Be-
unruhigung innerhalb der Arbeiterchaft hervor-
gerufen hätten. Als Beispiel wird auf das
Mißverhältnis des Erzeugers zum Einzelhan-
delspreis für Fleisch hingewiesen. In der
zweiten Hälfte habe der Erzeugerpreis für
Fleisch durchschnittlich 40 Pfennig das Pfund,
der Großhandelspreis 70 Pfennig und der
Einzelhandelspreis 1,10 bis 1,30 Mark betra-
gen. Von den Preisprüfungsstellen würden
Aufschläge von 60 bis 70 % zu den Ge-
bietungspreisen gegen 15 bis 20 % im
Frieden als berechtigt anerkannt und den Ge-
werkschaften zugestimmt. Der Grund für diese
Preisbildung liegt nach der Ansicht des Be-
zirkskartells darin, daß die Produkte vom Er-
zeuger zum Verbraucher durch zu viele Hände
gehen. Die Zahl der Handel- und Gewerbe-
treibenden sei gegenüber der Friedenszeit im
Regierungsbezirk Arnsberg um 70 % ge-
stiegen. Die Stadt Dortmund habe im ersten
Halbjahr 1924 allein rund 400 Stadtgewerbe-
scheine erteilt und nur 68 abgelehnt. Der Ma-
gistrat sei allerdings auf Grund der augen-
blicklich bestehenden gesetzlichen Bestimmungen
nicht in der Lage, den Antragstellern den
Gewerbeschein zu verweigern. Von der preu-
sischen Staatsregierung wird ein energisches
Eingreifen verlangt. Auf die Nachricht, daß
die Reichsregierung Betriebsbesuche wieder ein-
zuführen beabsichtige, hätten die Betriebe wieder
erheblich angezogen. Die Arbeiter seien aber
nicht in der Lage, die erhöhten Ausgaben für
die notwendigen Lebensmittel durch erhöhte
Löhne auszugleichen, zumal die amtliche Wit-
tenkung vom Sinken der Lohnsätze den
Betriebs- und Arbeitergebern zur Begründung
des Lohnabbaues diene. Das müsse die Ar-
beiter aus äußerster Erbitterung. Deshalb sei
die Meinung der Arbeiter auf allen par-
tisipanten Gewerkschaften die dringende Aufgabe der
Staatsregierung. Die Forderung der Kredit-
zurückdrängung durch die Reichsbank habe die
mit gutem Erfolg begonnene Reinigung der
Wirtschaft von solchen Gewerkschaften unliebsam
unterbrochen. Die hochprozentige Besteuerung
von Staats- und Kommunalpapieren sowie die
Bombardierung einer ganzen Anzahl von Ba-
ren aller Art durch die Reichsbank fördere
die Verbilligung der Waren ganz gewiß nicht.
Brünnungsbau, 26. Aug. (Autounfall.)
Montag abend fuhr beim Steinernen Turm
an der Hohenstraße ein vom Wald kommendes
Trupp kommunistischer Jugend. Ein junger
Burche wurde schwer verletzt und mußte so-
fort dem Krankenhaus zugeführt werden. Ver-
schiedene andere Jünglinge erlitten leichtere
Verletzungen.
Hagen, 25. August. (Das Wäschepaket.)
Erst da in ein hiesiges Zigarrengeschäft ein
Fremder und sehr hiesiger Zigaretten vorlegten.
Er wählte aus, stellte dann aber zu seiner
Verlegenheit fest, daß er seine Brieftasche zu
Hause liegen gelassen hatte. Er kam leider
erst mittags wieder nach Haus. Indes mußte
er schnell Rat; er hatte ein Paket Wäsche bei
sich, das konnte er dem Verkäufer als Sicher-
heit hinterlassen, jedoch dieser ihm die Ziga-
retten schon mitgeben könnte; nachmittags würde
er sie dann bezahlen und sein Paket wieder
mitnehmen. Gefragt, getan. Der Verkäufer
wartete aber drei Tage vergeblich auf die
Rückkehr, und als er schließlich das Wäschepaket
einmal anklopfte, riefelte ihm nur ein paar
trodene Kartonsfächer aus dem Koffer. Glück-
licherweise war der gestohlene Zigarettenlieb-
haber einem anderen Kunden bekannt.
Hort, 26. Aug. (Selbstmordversuch auf
dem Horster Rennplatz.) Am Mittwoch wollte
sich ein Herr auf dem Horster Rennplatz er-
schießen, nachdem seine Vermögenswerte verloren
gegangen waren. Freunde sahen, wie er den
Revolver schon an die Schläfe setzte und schlo-
gen ihm das gefährliche Ding aus der Hand.
Wie wir nachträglich erfahren, hatte der Mann
schon bei den ersten Rennen schwer zugelegt
und wollte seinen Schaden durch eine sichere
und hohe Wette auf den sicheren „Stallfab“
ausgleichen. Er setzte den Rest seines ganzen
Vermögens, die Kleinigkeit von etwas über
1000 Mark, auf eine Karte und verlor. „Stall-
fab“ wurde dritter.
(W) Essen, 26. Aug. Die Industrie- und
Handelskammer zu Essen richtete an den Reichs-
kanzler und die Fraktion der Deutschen Volks-
partei folgendes Telegramm: Der Bezirk der
Industrie- und Handelskammer für die Kreise
Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen zu Essen
verlangt unter ausdrücklicher Berufung auf
die gemeinsame Entscheidung der Fortstände

des Deutschen Industrie- und Handelslages des
Reichstages der deutschen Industrie u. des
Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete
dringend, daß der Reichstag die von
Donnerstag abmachung der deutschen De-
legation genehmige und die zur Durch-
führung des Vondener Abkommens notwendigen
Gesetze „unverzüglich“ annehme.
Schweres Schiffsunglück auf dem
Rhein.
Duisburg, 26. Aug. Am Spätabend
des Samstags ereignete sich auf dem Rhein
bei Haus Knipp ein schweres Schiffsunglück,
dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Nach
näheren Feststellungen hat sich der Unfall fol-
gendermaßen zugetragen: Das gesunkene Schiff
„Nordstern“ wurde von einem Boot talwärts
gezogen. Bei Haus Knipp wollte der Kapitän
des Bootes aufdrehen, während der Schiffer
nach Aussagen des Kapitäns weiterfahren wollte.
Das Schiff „Nordstern“ wurde auch richtig vom
Boot losgeworfen, dann durch den Strom aber
vor ein dort liegendes Schiff getrieben. Der
Anprall war so heftig, daß das Schiff ent-
zwei brach und schon nach wenigen Sekunden
versank. Die beiden Matrosen, welche sich an
Deck befanden, wurden über Bord gespült und
konnten gerettet werden. Der Schiffer W.
Kuyper aus Holland mit Frau und
drei Kindern, die in der Kajüte
waren, ertranken. Die Rheinpolizei ist
mit den näheren Feststellungen beschäftigt, die
über die Schuldfrage Aufschluß geben könnten.
Wirdens ein Teil der Schuld fällt jedenfalls
auf den Schiffer des dort vor Anker liegenden
Schiffes, denn an der genannten Stelle ist das
Anlegen von Schiffen verboten.
Duisburg, 26. Aug. Das Hauptquartier
der belgischen Besatzungsarmee macht
bekannt, daß der Oberbefehlshaber der belgischen
Besatzungsarmee von heute an angeordnet hat,
daß die Technische Rothilfe von Wesel und
Emmerich aufgelöst ist, weil sie eine Gefahr
für die Sicherheit der Besatzungsarmee und
für die öffentliche Ordnung bedeute. Zuwei-
senden der vorstehenden Anordnungen wer-
den von dem kommandierenden General des
belgischen Besatzungsheeres mit Strafen ge-
ahndet.
Hagen, 25. Aug. Ein großes Schaden-
feuer brach Freitag abend nach 6 Uhr im
Lagerhaus der Neuser Dampfma-
chinen A.-G. aus. Es lagerten dort große
Mengen Kohle. Gegen das riesige Flammen-
meer war die Neuser Feuerwehre bald macht-
los. Jetzt konnte die Brandstelle von allen
Seiten, auch vom Hafen aus, in Angriff ge-
nommen werden. Schwere Rauchwolken zogen
von Neuser über den Rhein bis nach Düsseldorf
hin. Die um die Brandstelle liegenden
Straßen sind sehr eng gebaut. Dadurch wurde
die Arbeit der Neuser Feuerwehre, zu denen
noch die Wehren von Düsseldorf und M.-Glad-
bach und anderen umliegenden Städten ka-
men, sehr erschwert. Die nächsten Wohnhäuser
wurden geräumt. Der Brand griff noch auf
das Maschinenhaus über. Auch dieses ist ab-
gebrannt. Das Betriebsgebäude, dessen Dach-
stuhl schon Feuer gefangen hatte, konnte ge-
rettet werden. Der Brand des Lagerhauses
und der Borteile hielt die ganze Nacht in
ungeschwächter Stärke an. Erst Sonnabend
morgen konnte das Feuer eingedämmt werden.
Die Tannenberg-Gedenkfeier
der Provinz Ostpreußen.
Auf seiner Reise nach Ostpreußen ist der
Generalfeldmarschall von Hindenburg bei ei-
nem kurzen Aufenthalt in Joppat jubelnd be-
grüßt worden. Vertreter der Behörden und
Abordnungen der Vereine und Verbände hatten
sich zahlreich am Seeufer eingefunden. Auf
einen Willkommensgruß durch den Danziger Se-
natspräsidenten erwiderte der Generalfeldmar-
schall mit einer kurzen Ansprache und lehrte nach
einem Rundgang durch den Jagarten wieder
auf das Schiff zurück. Von Joppat begab sich
Hindenburg in Begleitung des Generalfeldmar-
schalls v. Madenen, der Generale von Fran-
cois, von Scholz, v. Below u. a. über Kallau
nach Königsberg. Die Ostpreußen hatten
zur Feier des Tages ihrer Verehrung und ihres
Verehrers große Vorbereitungen getroffen. Die
Provinzialhauptstadt Königsberg trägt reichlich
Flaggenhonneur. Hindenburg wurde am Bahn-
hof von den Spitzen der Behörden und vom
Offizierskorps des Standortes Königsberg emp-
fangen. Eine ungeheure Menschenmenge
brachte den Generalführer auf dem Wege ins
Quartier lebhafteste Ovationen dar. Im Um-
sehungstheater Hindenburg fanden auf dem Walter-
Eimon-Platz sportliche Vorführungen der Ju-
gend statt.
Die Tannenbergfeier in Königsberg.
Sonntag abend fand im großen Saale der
Stadthalle in Königsberg eine Tannenberg-Ge-
denkfeier der Provinz Ostpreußen statt, wozu
von der Provinz über 1000 Einladungen er-
gingen. Zu der Feier waren auch die hier
weilenden Generalfeldmarschälle v. Hindenburg
und v. Madenen und eine Reihe anderer Heer-
führer erschienen, die an der Schlacht bei
Tannenberg teilgenommen haben. Die preu-
sische Staatsregierung wurde vom Oberprä-
sidenten vertreten. Der Vorsitzende des
ostpreussischen Provinziallandtages, v. Berg,
hielt eine Festansprache, worin er an die Schit-
falschande Ostpreußens vor zehn Jahren er-
innerte. Mit den Tagen von Tannenberg, mit
den Tagen der Masurenschlacht und mit der
dadurch erreichten Errettung Ostpreußens sei
aber ein Gedächtnis an unzählige unserer
deutschen Brüder verknüpft, die auf den ost-
preussischen Schlachtfeldern für die Heimat blu-

deten und starben. „Sie alle“, fuhr der Red-
ner fort, „rufen uns heute die erste Mah-
nung zu, daß das deutsche Volk einst wieder
neu erlebe, wie es die Welt bei Tannenberg
gesehen hat. Bis dieses Ziel erreicht ist, bleibt
jedoch für die heutige und für die kommende
Generation noch unendlich viel zu tun. In
harter Arbeit müssen wir Deutsche den vollen
Rang wieder erlangen, der uns gebührt. Trotz
allem aber, was wir durchmachen müssen, wollen
wir uns den Blick in die Zukunft nicht trüben
lassen. Im deutschen Volke lebt noch heute
die deutsche Enthusiasmuskraft. Ostpreußen
soll und wird in erster Linie stehen. Daher
schließe ich mit dem Rufe und dem Gebet, das
sich heute aus der Brust jedes Deutschen ringt:
Herr mach uns frei!“ — Die Rede wurde
mit lebhaftem, anhaltendem Beifall aufge-
nommen. Darauf erhob sich v. Hinden-
burg zu folgender Erwiderung: „Von Her-
zen danke ich zugleich namens meiner treuen
Mitarbeiter für die Worte, die an mich ge-
richtet wurden, vor allen Dingen für das
treue Gedächtnis an unsere Gefallenen. Wir
Ueberlebenden taten nichts als unsere Pflicht
und Schuldigkeit. Dieses Pflichtgefühl, dieses
alte eiserne preussische Pflichtgefühl möge uns
geleiten in die Zukunft, daß wir mit Gottes
Hilfe wieder besseren Zeiten entgegengehen.
Daher richte ich an die ganze Versammlung die
berühmte Bitte, dieses Pflichtgefühl zu wecken
und zu fördern, damit wir wieder zu Ehren
kommen. Nochmals meinen allerherzlichsten
Dank.“ Die Rede Hindenburgs erregte für-
mischen, anhaltenden Beifall. Dann sang die
Versammlung stehend das Deutschlandlied.
Zur zehnjährigen Gedenkfeier der Schlacht
von Tannenberg traf beim Landeshaupmann
der Provinz Ostpreußen nachstehendes Telegramm
ein: „Die Geschäftsstelle des Reichstages macht
eine Teilnahme der Reichsminister an der zehnjährigen Ostpreußenfeier unmöglich. Die Reichs-
regierung sendet der Provinz Ostpreußen die
herzlichsten Wünsche für ihr zukünftiges Ge-
deihen.“ gez. Marx, Reichskanzler.
Nachträge
aus der französischen Kammer.
Die gefährliche Isolierung Frankreichs.
Im Verlauf der Sitzung kam der frühere
Ministerpräsident Briand zu Wort,
der gleichfalls die Politik Herriots unterstüzt.
Mit besonderem Nachdruck und unter lebhafter
Bewegung des Hauses sagte Briand dann:
„Jedemal, wenn Frankreich sich allein fand,
war es einer Katastrophe ausgesetzt. Die Ge-
fahr kann nur von einer Isolierung kommen.
Die Aufruf zur Gewalt angeht eines wider-
spenstigen Schuldners nicht schon an und für
sich zu einer Reihe von Operationen. Dann
trat der Augenblick ein, in dem man die Ge-
walt allein anwenden wollte. Man begegnete
aber unerwartetem Widerstande, und die Si-
tuation verschärfte sich immer mehr. Wenn die
Isolierung Frankreichs andauert hätte, so
hätte sie uns zum Kriege führen kön-
nen. Ich beglückwünsche mich dazu, daß wir
aus dieser geradezu bedrückenden Situation
herausgekommen sind. Lassen Sie doch den
Geist kleinerer Schätze. Gold mark oder
Papier mark, was tut das, wenn das Leben
von Hunderttausenden von Menschen auf dem
Spiele stehen würde.“
Ein vernünftiges Wort Herriots.
Zum Schluß der Sitzung in der Minis-
terpräsident Herriot noch einmal das Wort
ergriff, behandelte er erneut das „Sicherheits-
problem“, erklärte aber gleichzeitig, daß man
deshalb nicht eine ganze Nation unterdrücken
dürfte. Ferner betonte er mit großem Nach-
druck wörtlich: „Ein siegreiches Volk muß ein
dem Besiegten gegenüber eine Politik befolgen,
die seinen Draht nach Frieden fördert,
wie auch seine kriegerischen Gefühle befriedigt.
Napoleon mußte es erleben, weil er diese
Wahrheit verkannte, daß Deutschland sich gegen
ihn aufrichtete, das selbe Deutschland,
das er besiegte glaubte, weil er es lediglich
unterdrückt hatte. Wenn er in den Ebenen
der Champagne deutsche Regionen bekämpfte
mußte, so geschah es durch seine eigene Schuld.
Dahin kommt man, wenn man einem
Volk sein Daseinsrecht abspricht.“
Herriot schloß mit den Worten: „Wir werden
Deutschland überwinden, aber wenn das alte
kriegerische Deutschland zugrunde gehen muß, so
wollen wir Republikaner, daß das neue Deutsch-
land sich aufrichten kann.“
Vereinsnachrichten.
Kamen, 27. August. (Reinlicher
Schützenbund.) Die 2. Kompanie des
Reichs Schützenbundes Kamen hielt am ver-
gangenen Sonntag, den 24. August, abends
8 Uhr, beim Wirt Ernst Stahl eine rege Ver-
sammlung ab, welche vom Major Smidt ge-
leitet wurde. Unter anderem wurden im Laufe
der Versammlung bisher folgende Herren ge-
wählt: Zum Hauptmann Wilhelm Hillmann,
zum Feldwebel Fritz Hepp, zum Vizefeld-
webel Fritz Starke und zum Jahnoffizier
Fritz Kauf. Nachdem die Schützen noch bei
einem guten Tropfen Freibier einige gemü-
tliche Stunden verlebten, wurde die Versam-
lung mit einem „Gut Schuß“ geschlossen.
Sport.
Kamen, 27. Aug. Bei den 1. West-
fäl. Kampfsportspielen, die am Sonntag in
Unna stattfanden, erhielt Bude vom Sport-
verein Kamen 13 mit 5,61 Meter den 3. Preis
im Weitsprung.
Mißfarb. Zähne
entstellen das schönste Antlitz. Jeder Mundgeruch wirkt
abstoßend. Beide Mängel werden sofort in vollkommener
unwiderstehlicher Weise beseitigt durch die bewährte Zahn-
paste Chlorodont, wofür man interessiert durch
Chlorodont-Mundwasser. Überall zu haben.

Das **Das**
An **Hann**
Bevöller
40 000 S
großen C
sind prä
frage He
die mit
werden.
dem Was
rufe aus
der Nü
unter F
dige Ban
Feststad
Gassen o
als sie
mit ihr
winken,
gehügli
Namen;
und der
sind sie
ehrwürd
Hauptqu
zu dem e
konzert,
von dem
gefangen
Liebertaf
Am Son
Profess
bei der
men ers
Zu i
preußis
minister
mit eine
er u. a.
Die
Weden
wichtig
des nati
die Unter
schlichtig
von selbst
des Vi
zu tun,
die Förd
wie Gebä
den S
Grundleg
Ueber di
gefangun
im Reid
Sänger
Fürjorge
für Ob
bildungs
fiert und
leute aus
gerichtet
lassen S
Oberprä
der die
anderen
Auch
Alegzand
Feiermit
präsident
und West
im Befeh
Ein
große F
marjos) f
Zusammen
Ueber 16
dem geve
Gau des
jüselnd h
schier ten
rengabve
dann kan
rich und
In f
gegen die
wüßig
Häufung
Nur eine
der 40 000
Mit der
jeder Fo
Das Fest
Gesamt
Bild von
der nach
Und so f
Vortrages
ten, bish
gen deut
gen streng
liche, löse
lieb, auch
Klassier,
lich, auch
Klangreich
Programm
Festtage,
Haupt- u
konzerte
wie welt
richtige g
17. Ge
chri
Sonni
17. Gene
hriftlicher
einer dre
war.
Zmb
Reichsarb
Ministerra
Könner &

Das neunte Sängerbundesfest.

Das neunte deutsche Sängerbundesfest hat in Hannover unter fröhlicher Beteiligung der Bevölkerung nach Eintreffen von annähernd 40.000 Sängern seinen Anfang genommen. Alle großen Straßen und Plätze der schönen Stadt sind prächtig geschmückt, und es herrscht eine große Feststimmung. Die Sängern sind die ersten, die mit deutschem Liede grüßen und begrüßt werden. Inzwischen künden Heroldsfanfaren auf dem Bahnhofsplatz und bereiten stürmische Heilrufe aus vielen tausend Rachen dem Anmarsch der Münchener Sängerschaft den Weg, die unter Führung Stadtrat Merzels das ehrwürdige Banner des deutschen Sängerbundes in die Feststadt bringen. Mit und jung jubelt den Gästen aus der Stadt der Meisterfänger zu, als sie ihre Münchener Trichter schwingen, mit ihren Brezeln und dem Münchener Land winken, den sie sich als Wahrzeichen umgehängt. Wer zählt die Stämme, nennt die Namen: Aus Polen selbst (Biala und Bielitz), und der Steiermark und den Sudetenländern sind sie da. Im „Haus der Bäter“, dem alten ehrwürdigen Sängerkloster in Hannover, ist das Hauptquartier der Amerikaner. Die Einleitung zu dem eigentlichen Fest bildet die Begrüßungskonzert, das am Sonnabend stattfand und das von dem Verband der Niedersächsischen Männergesangsvereine und den vereinigten norddeutschen Liedertafeln mit großem Erfolg bestritten wurde. Am Sonntag vormittag erfolgte die erste große Hauptaufführung unter der Leitung des Professors Wohlgenuth (Leipzig) im Stadion, bei der fast 7000 aktive Sänger ihre Stimmen erschallen ließen.

Zu der Festigung war als Vertreter der preussischen Staatsregierung auch Kultusminister Voelck erschienen, der die Teilnehmer mit einer längeren Ansprache begrüßte, in der er u. a. betonte:

Die preussische Staatsregierung ist sich der Bedeutung der Sängerbünde als wichtigste Träger des kulturellen Lebens und des nationalen Gedankens allzeit bewußt. Für die Unterrichtsverwaltung ergab sich aus der geschichtlichen Sendung Preussens in Deutschland von selbst die Aufgabe, für die Pflege des Liedes und des Gesangs und der Musik zu tun, was in ihren Kräften stand. Auch an die Förderung der deutschen Sängerbünde haben wir gedacht, als es bei der Schulreform galt, dem Schulgesang und Schulmusikunterricht grundlegend eine neue Pflege zuzuwenden. Über diese Form des Schulmusik- und Schulgesangsunterrichts hinaus wird das Ministerium im Reich mit den Vorständen der großen Sängerbünde für den Chorgesang auf weitere Förderung bedacht sein. Die Fortbildungskurse für Chordirigenten in den staatlichen Musikbildungsanstalten werden demnächst dezentralisiert und unter Heranziehung anerkannter Fachleute auch im Lande in einzelnen Städten eingerichtet werden. Im Zusammenhang damit lassen sich nicht erörtern, daß jedoch an die Oberpräsidenten ein Rundschreiben ergangen ist, der die Pflege des Chorgesangs im besonderen behandelt.

Auch Reichspräsident Ebert hat in einem Telegramm den Sängern seine besten Grüße übermittelt. Insbesondere gedenkt der Reichspräsident darin der Vereine aus Rheinland und Westfalen, die so viel für das Deutschtum im besetzten Gebiet getan haben.

Ein geradezu überwältigendes Bild bot der große Festzug am Sonntag, dessen Vorbereitungen fast drei Stunden dauerte und der den tiefsten Sinn des ganzen Festes, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, betonte. Über 1000 Fahnen und Banner waren in dem gewaltigen Zuge vertreten. Jeder einzelne Zug des Reiches wurde von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. An der Spitze des Zuges marschierten die Abordnungen der deutschen Männergesangsvereine in Chicago und Buenos Aires, dann kamen die Männergesangsvereine aus Zürich und Basel.

In seinem musikalischen Plan ist das Fest gegen die früheren Sängerbundesfeste auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden. Die Aufführung von Massenveranstaltungen fällt fort. Nur einmal, am Sonntag, trat der Massenchor der 40.000 im hannoverschen Stadion ins Feld. Mit der Tradition des Sängerbundesfestes in jeder Form hat man in Hannover gebrochen. Das Fest soll vielmehr einen Überblick über die Gesamtentwicklung des Männerchors und ein Bild von seinem gegenwärtigen Stande, nach der nachschaffenden Seite vor allem, geben. Und so sieht das Gesamtprogramm geschlossene Vortragsfolgen jeder Art zu einem vollen, bunten, blühenden Kranz aus dem reichen Garten deutschen Chorgesangs. Vortragsordnungen streng historischer Art, weltliche und kirchliche, lösen einander ab, dazu ist das Volkslied, auch das mundartliche, sind Werke der Klassiker, ist das Kunstlied und sind schließlich auch neuzeitliche Werte von erweitertem Klangreichtum in feingewählter Umgebung ins Programm gestellt worden. Die kommenden Tage, deren künstlerische Dispositionen zwei Haupt- und nicht weniger denn 15 Sonderkonzerte vorzulegen, werden zu zeigen haben, wie weit Wahl und Zusammenstellung das richtige getroffen haben.

17. General-Versammlung der christlichen Bergarbeiter.

Sonntag eröffnete 1300 u. a. in Köln die 17. Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die mit einer dreißigjährigen Gedenkfeier verbunden war.

1300 u. a. begrüßte den Vertreter des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialrat Mißing, den Vertreter des Kölner Kardinals, Vater Lunnbluth, den

Vertreter der Stadt Köln, Bürgermeister Dr. Herle, der Leiter des Verbandspräsidenten Prof. Dr. Müller, die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung, die Delegierten und die Vertreter der Presse. Dann gedachte er der verstorbenen Mitglieder des Gewerkschafts, besonders seiner Gründer und tatkräftigen Förderer. Vor 30 Jahren sei in Essen die entscheidende Gründerversammlung gewesen. Es habe harte Kämpfe gekostet, bis der Gewerkschaft seine heutige Bedeutung erlangt habe. Aber schon bei der Gründung habe man die Kämpfe vorausgesehen. Trotz aller Schwierigkeiten sei der Gewerkschaft aber auf dem rechten Weg geblieben, den er auch in Zukunft gehen werde. (Bravo!) Der Kampf um die Grundrechte, um die Gleichberechtigung der Arbeit um die sozialen Forderungen habe viele Erfolge gehabt, in letzter Zeit auch manchen Rückschlag. Das solle ein Ansporn zu neuen Anstrengungen sein, zu neuen Erfolgen. Diese Gedanken werden in die Tat umgesetzt, um die Gewerkschaftsbewegung ihrem Endziel näherzubringen. Dann brachten die verschiedenen Vertreter der Behörden ihre Grüße und Glückwünsche dar. Hieran anschließend sprachen einige Führer der Bewegung über die Grundzüge der Bewegung und ihre Ziele. Es ist zu betonen, daß hierbei auch die Haltung des Gewerkschafts zum Völkischen Abkommen im Sinne einer Annahme festgelegt wurde. Eine Wehrhaltung bedeute ein großes Unheil für uns. Auch sprach man von dem „antizipalen Geist im Wirtschaftsleben“, den man durch eine christlichsoziale Einstellung erziehen müsse.

Zur Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes.

Schon in der zweiten Hälfte des Monats Juli waren Anzeichen vorhanden, daß die Zeit der Zwangsverkäufe vorüber und neu auftretender Bedarf von den Werken zu decken sei. Anfang August machte sich die Nachfrage lebhafter bemerkbar, und zwar zunächst in Halbes, dann aber auch in Stabelfen. Einige tauffähige Händler hielten die Zeit für gekommen, um für ihre Lager Aufschlüsse zu tätigen. Seit Mitte August ist das Geschäft noch lebhafter geworden, so daß die Preise auf der ganzen Linie um einige Mark heraufgesetzt wurden. Der Grund ist wohl in erster Linie darin zu suchen, daß viele Kreise sich von dem Abschluß der Londoner Konferenz einen wohlwollenden Einfluß auf die Befestigung der Geldmarken und damit auch eine Besserung der Wirtschaftslage versprochen. Hinzu kommt, daß infolge der ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auch tatsächlicher Bedarf zurückgehalten worden ist, und daß die Lagerverdrängung überall stark vermindert worden sind. Trotzdem muß man sich davor hüten, die Lage zu optimistisch zu betrachten, da die Eisenindustrie wegen der schweren Lagen, die sie zu tragen haben wird, nicht ausreißfähig sein wird, so daß auch in Zukunft der Auslandsmarkt, an den früher ein großer Teil der deutschen Eisenerzeugung ging, künftig als Abnehmer kaum in Betracht kommen wird. Auch vom Eisenbahnenkonzernat werden wohl nach Durchführung der Londoner Beschlüsse nennenswerte Aufträge in absehbarer Zeit kaum zu erwarten sein. Ebenfalls ist zu glauben, daß den berechtigten Klagen wegen der zu hohen Frachten später eher Gehör als jetzt geschenkt wird. Hoffentlich verfährt man nicht in den Fehler, der im Frühjahr gemacht wurde, und läßt jetzt die Preise über ein vernünftiges Maß emporsteigen; einen Grundpreis von 120 Mark für Stabelfen wird der Verbraucher allerdings wohl anlegen müssen. Das Auslandsgehalt für Stabelfen ist für die deutschen Werke nach wie vor ausgleichend, wenn man sich nicht entschließt 20 Mark an der Tonne zuzulegen. Dagegen ist damit zu rechnen, daß das Auslandsgehalt in Oberbaumaterial erheblich lebhafter wird, und daß die Preise für schwere Schienen anziehen werden. Bekanntlich sind die Sachlieferungen seit Ende vorigen Jahres ausgefallen. Es liegt aber nicht nur im Interesse der deutschen Industrie, sondern auch im Interesse des Deutschen Reiches, daß nach Annahme der Londoner Beschlüsse die Sachlieferungen möglichst schnell wieder aufgenommen werden, um zu verhindern, daß die Aufträge von der belgischen und französischen Industrie gegen Zahlungen des Deutschen Reiches ausgeführt werden.

Gegen die Auswüchse völkisch-nationaler Veranstaltungen.

Vom Oberpräsidium in Münster wird geschrieben:

In letzter Zeit mehren sich von verschiedenen Seiten die Klagen, daß in der Provinz Westfalen aus Veranlassung der Schützenfeste und ähnlicher völkisch-nationaler Veranstaltungen ein Teil der Bevölkerung an solchen Orten, in denen Feste gefeiert werden, sich trotz der Not der Zeit in auffälliger Weise Vergnügungen, besonders dem Trunk ergibt. In vielen Orten der Provinz wird die Polizeistunde bei Gelegenheit der Schützenfeste oder anderer Volksveranstaltungen einfach nicht mehr beachtet. Es sind Fälle vorgekommen, in denen bei solchen Gelegenheiten die ganze Nacht hindurch bis in den frühen Morgen laute Festgelage abgehalten worden sind.

Hierzu verleiht hauptsächlich ein neuerdings vielfach üblich gewordener „Wohlbau“, daß Wirt, Schützenvorstände oder ähnliche Vergnügungsausschüsse während der Dauer von Schützenfesten oder ähnlichen Veranstaltungen oder gar darüber hinaus, oft auch ohne besondere festliche Veranlassung, gegen Erlegung einer Pauschalsumme dem Einzeln den Genuß einer beliebigen Menge Alkohols in einem

bestimmten Zeitraum gestatten. Es liegt auf der Hand, daß hierin für die Bevölkerung, besonders aber für Jugendliche, eine große Versuchung zu übermäßigem Alkoholgenuß liegt. Die Erfahrung bestätigt auch, daß gerade alkoholische Auswüchse Jugendlicher mit ihren bekannten Folgeerscheinungen in der Provinz hierdurch in erschreckendem Maße zugenommen haben, auch sind Verletzungen des Verkehrs des Alkoholausschanks an Kinder in letzter Zeit besonders häufig geworden.

Um diesen Mißständen entgegenzutreten, hat der Oberpräsident die Regierungspräsidenten der Provinz ersucht, in ihrem Bereich derartige Auswüchse mit unmissverständlicher Strenge entgegenzutreten und die Ortspolizeibehörden anzuweisen, dagegen mit den schärfsten Mitteln anzugehen, besonders durch Einschränkung der Polizeistunde allgemein, oder in Einzelfällen gegenüber Wirten, die sich insoweit als unzuverlässig erwiesen haben oder erwiesen sollten, durch Einleitung des Verfahrens zur Entziehung der Schankkonzession. Zugleich ersucht der Oberpräsident die Polizeibehörden mit Rücksicht auf die betagten und erkrankten, überall da, wo sich die Vergnügungssucht in einer unfernen gedrückten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht entsprechenden Weise breit macht, Verlängerungen der Polizeistunde nicht oder nur dann zuzulassen, wenn die Antragsteller eine mit den Aufwendungen für ihr persönliches Vergnügen im richtigen Verhältnis stehende Wohlfahrtspende zu geben bereit sind.

Ueber diese Wohlfahrtspende bestehen vielfach im Publikum, aber auch bei den beteiligten Behörden falsche Ansichten. Es handelt sich dabei nicht um eine Gebühr, wie sie sonst für Verwaltungssätze der Behörden vielfach erhoben werden, sondern um eine Gabe der Personen oder Vereine, die eine Polizeistundenverlängerung nachsuchen, für Zwecke der Wohlfahrtspflege. Die Hälfte des Betrages kommt dem örtlichen Wohlfahrtsamt zugute, die andere Hälfte fließt in den Wohlfahrtsfonds der Oberpräsidenten. Hieraus hat erfreulicherweise schon manche Gabe für die notwendige Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können und zwar sind die Mittel bisher ausschließlich für Wohlfahrtsarbeiten verwandt, also den Verarmten der Armen zugeflossen. Der gute Ertrag, den diese Wohlfahrtspende auch den örtlichen Wohlfahrtsämtern gebracht hat, sollte dazu Veranlassung geben, ihre Erhebung noch mehr als bisher auszubauen. Der Oberpräsident macht deshalb darauf aufmerksam, daß in seinem Erlaß vom 24. Februar 1923 hinsichtlich der Höhe der Wohlfahrtspende der Hinweis auf die Vergnügungs- oder Kartensteuer nur als Anhalt dienen soll. Die Ortspolizeibehörden sind nicht gebindert, die Verlängerung der Polizeistunde im Einzelfall von der Erlegung einer Wohlfahrtspende abhängig zu machen, die höher ist als die Vergnügungs- oder Kartensteuer, und es wird empfohlen, daß die Ortspolizeibehörden gegebenenfalls im Benehmen mit den Wohlfahrtsämtern, denen die Hälfte der erhobenen Wohlfahrtspende zufließt, die Wohlfahrtspende dementsprechend so bemessen, daß sie wirklich einen Ausgleich für die aus der Verlängerung der Polizeistunde für die Allgemeinheit sich ergebenden Nachteile bietet.

Man kann nur hoffen, daß diese Anregung überall auf fruchtbaren Boden fällt, denn, wer trotz Kreditnot und Arbeitslosigkeit Geld hat, bis in die Nacht hinein seinem Vergnügen nachzugeben, sollte auch für die notwendigen Volksgenossen etwas übrig haben und bereit sein, ihnen dieses Opfer zu bringen. Und der Erfolg der Wohlfahrtspende zeigt, daß dieses Opfer nicht nutzlos ist, weil die Gelder den Armen auch wirklich zugute kommen.

26 Prozent auch für Frankreich?

Die Woff's Bilanz meldet, teilt „Havas“ mit: Herriot hat in der Kammerkassierung angekündigt, daß er einen Gesetzentwurf vorbereite, durch den die deutsche Einfuhr einer 26prozentigen Abgabe unterworfen werden solle, analog der Abgabe, die in England erhoben werde. Wenn diese Maßnahme in Frankreich zur Durchführung kommt, wird diese Abgabe einen Zuschlag zu den augenblicklich auf den deutschen Waren liegenden Zollgebühren darstellen. Jeder französische Schuldner würde um eine von einem deutschen Lieferanten vorgelegte Rechnung zu bezahlen, diesem Lieferanten nur 74 Prozent seiner Rechnung bezahlen, während die restlichen 26 Prozent zur Sperrung der Reparationskasse an den französischen Staat bezahlt würden. Die Summe, die der französische Staat auf diese Weise erhalten würde, werde den deutschen Lieferanten durch den Generalagenten für die Reparationen zurückgestellt werden. Das würde keine Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bedeuten und verhindern, daß seitens der deutschen Lieferanten Preisausschlüsse erfolgt.

Das Abgeänderte Reichswahlgesetz.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit der Novelle zum Reichswahlgesetz. Die wesentlichen Bestimmungen der Regierungsvorlage sind folgende: Die Abgeordnetenziffer wird auf 399 festgesetzt. Auf je 75.000 Stimmen (bisher 60.000) soll ein Abgeordneter entfallen. Auf alle Fälle wird festgesetzt, daß 399 Abgeordnete gewählt werden. Wird die Zahl nicht erreicht, so findet eine Ergänzung aus den Kreiswahlvorschlüssen statt; wird die Ziffer 399 überschritten, so findet ein Abstrich von der Reichswahlliste statt. Die bisherigen Wahlkreisverbände sind beibehalten, werden aber in eine größere Zahl von Wahlkreisen zerlegt. Ein Kreis umfaßt im allgemeinen nur 390.000 Einwohner, und die Wahlvorschlüsse für diese

kleinen Kreise enthalten nur einen oder höchstens zwei Bewerber, wodurch der Grundsat der Persönlichkeitswahl im Gegensatz zur Listenwahl wieder zur Anerkennung kommt. Die Verbindungen von Kreiswahlvorschlüssen einer Partei innerhalb eines Wahlkreisverbandes sind nach wie vor zulässig und werden nach der Vorlage noch erleichtert. Die Vorlage wurde nach längerer Beratung vom Reichsrat angenommen.

Aufklärung über Gemeindevahlen.

In vielen Gemeinden ist das preussische Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindevahlen in seiner neuesten Fassung vom 14. Juni 1924 nicht genügend bekannt. Nach Paragraph 1 dieses Gesetzes werden die Gemeindevorsteher, Beigeordneten, Stellvertreter und Schöffen in Landgemeinden, soweit die Wahl durch die Gemeindevorstellung geschieht, nur von den gewählten Gemeindevorordneten gewählt. Das heißt also, daß der frühere Gemeindevorstand bei der Wahl des neuen nicht mitzustimmen hat, sondern lediglich die gewählten Gemeindevorsteher. Ist nach dem 14. Juni 1924 der Gemeindevorstand anders als eben beschriebenen gewählt worden, hat eine Neuwahl der Gemeindevorsteher seitens der Gemeindevorsteher stattzufinden.

Das Konkordat in Bayern.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei erklärt, der einzige Grund für die Nichtveröffentlichung des Konkordats sei der, daß von protestantischer Seite der Wunsch ausgesprochen wurde, es möge gleichzeitig auch die Neuordnung des Verhältnisses zwischen der evangelischen Kirche und dem bayerischen Staat vorgenommen werden. Da die diesbezüglichen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten, mußte auch die Vorlage des Konkordats bisher unterbleiben.

Die Streichung des Streikparagraphen.

Der Reichsverkehrsminister hat von der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnenbeamten und Angestellten die Streichung des Streikparagraphen aus ihren Satzungen verlangt. Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft beschloß nunmehr, in dem betreffenden Paragraphen die Worte „mit allen gewerkschaftlichen Mitteln“ zu streichen, mit allen verfassungsmäßigen gewerkschaftlichen Mitteln.

Fürstbischof Bertram und die Neuwahlen in Oberschlesien.

Zu den bevorstehenden Neuwahlen in Oberschlesien nimmt Fürstbischof Bertram in einem Hirtenbrief Stellung, in dem es u. a. heißt: „Welt Sozialismus und Kommunismus untereinander sind mit fundamentalen Lehren und Grundsätzen unserer Religion dar und muß zum Schutze des Glaubens und der christlichen Ordnung ihnen mit aller Offenheit und Festigkeit entgegengetreten werden. Kein Katholik darf aus wirtschaftlichen Gründen einer Partei angehören, deren Führer zugleich den Kampf gegen diese höchsten und heiligsten Interessen betreiben. Was ein Führer sozialistischer Parteien mit den drastischen Worten erklärte: Christentum und Sozialismus verhalten sich wie Wasser und Feuer, das ist zutreffend und das gilt auch heute noch, und gilt in erhöhtem Maße vom Kommunismus. Bewußte Anhänger sozialistischer und kommunistischer Parteien, wenn sie allen Bekehrungen sich unzugänglich erweisen, schließen sie sich selbst von den heiligen Sakramenten aus und dürfen zu denselben nicht zugelassen werden. Ebenso wie Arbeiter, die verbotenen und kirchenfeindlichen Vereinigungen angehören, von den Sakramenten ausgeschlossen sind, sind ausgeschlossen auch Besitzende, Arbeitgeber und andere, wenn sie Vereinigungen angehören, die die Kirche verhetzen oder deren Feindschaft gegen Religion, Kirche und christliches Sittengesetz erweisbar ist.“

Bolschewikische Waffensendungen nach Bulgarien.

Zwischen Warna und Burgas ragt auf einer spärlich mit Bäumen bestandenen Halbinsel das Vorgebirge Eminiehins Schwarze Meer. Hier war eine kleine Bucht zu Füßen des Leuchtturms als Landungsplatz der Waffen aussersehen, die von den Bolschewiken ihren bulgarischen Brüdern zugebracht waren. Die bulgarische Polizei bekam Wind davon; sie stellte fest, daß bei ruhiger See kleine Boote auslaufen konnten, die gegen Abend ihre Schätze landeten. Ein Teil davon wurde von den bulgarischen Genossen in Empfang genommen und in einem nahen Ballastwalde in eine vorbereitete Schutzhütte gebracht. Auch dies wurde von der Polizei bemerkt. Als dann genug Waffen an Land waren, wurden ohne Widerstand der flüchtenden Genossen die Kisten ausgenommen. Man fand nicht weniger als 120 Kisten mit Maschinengewehren, Revolvern, Handgranaten, Mörsern, Bajonetten und Patronen.

Unverantwortliches Creiben Rußlands.

In Charkowa ist soeben ein Vertreter Russens aus Saratow eingetroffen, um über die russische Mißernte Bericht zu erstatten. Er erklärte, daß Rußland unter keinen Umständen in der Lage sei, den Hungersnot aus eigenen Kräften Herr zu werden, um so weniger, als Rußland ununterbrochen Getreide ausführt. Angesichts dieses Umstandes dürfte Rußland sein Mißernte für Sowjetrußland ablehnen. Auf demselben Standpunkt steht auch die amerikanische Hilfsorganisation. Es wird darauf hingewiesen, daß Rußland Getreide ausführt, um sich Mittel zur Agitation gegen dieselben Staaten zu verschaffen, deren Hilfe es für sein Hungerleidenden an Nahrungsmitteln

Westfalen und Rheinland.

Ausgleichskassen in der Erwerbslosenfürsorge.

Münster, 27. Aug. Dem amtlichen preussischen Pressebericht wird aus dem preussischen Arbeitsnachweismittelteil geschrieben:

Nach der Verordnung vom 16. Februar 1924 sind Träger der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitsnachweisebezirke. Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge werden aufgebracht durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch einen auf ein Reumittel des Gesamtaufwandes bemessenen Anteil der Gemeinden und durch Beiträge von Reich und Staat. Die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden durch den Verwaltungsausschuss des Arbeitsnachweisebezirks festgesetzt. Die Höchstgrenze der Beiträge beträgt 3 v. H. des Grundlohnes. Sind Beiträge in dieser Höhe 2 Wochen lang erhoben, so leisten Reich und Staat Zuschüsse, wenn der betreffende Arbeitsnachweisebezirk mit den Beiträgen und dem Gemeindeanteil nicht auskommt.

Die Beihilfepflicht von Reich und Staat in dieser Form hat in der Praxis häufig zu Unzulänglichkeiten geführt. So war beispielsweise in dem einen Arbeitsnachweisebezirk mit großer Arbeitslosigkeit die Beitragspflichtigkeitsgrenze längst erreicht, während in einem benachbarten Arbeitsnachweisebezirk mit geringerer Arbeitslosigkeit noch verhältnismäßig geringe Beiträge erhoben wurden. Auch mußten Reich und Staat unerschöpfend hohe Beihilfen an die Bezirke mit starker Arbeitslosigkeit leisten, während die Bezirke mit geringer Arbeitslosigkeit zu den Kosten der Bezirke mit großer Arbeitslosigkeit nicht beitrugen. Um einen Lastenausgleich herbeizuführen, ist vom 1. September d. J. ab für den Umfang des preussischen Staates bestimmt worden, daß jeder örtliche Arbeitsnachweisebezirk die Höhe seines Beitrags festsetzt — bis zu 2 v. H. des Grundlohnes — selbst bestimmen kann, daß aber ein bestimmter Bruchteil der Beiträge an die Provinzial-Ausgleichskasse und an die Bundes-Ausgleichskasse abzuführen ist. Die Provinzen können bis zu 1 v. H. des Grundlohnes die Höhe ihrer Beitragsteile selbst bestimmen, während für die preussische Bundesausgleichskasse vorläufig der Ausgleichsbeitrag auf 1 v. H. des Grundlohnes festgesetzt ist. Die örtlichen Arbeitsnachweise können die Ausgleichskassen erst in Anspruch nehmen, wenn sie eine bestimmte Zeit hindurch den Höchstbetrag erhoben und den Aufsichtsbehörden nachgewiesen haben, daß sie mit den Höchstbeiträgen die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge innerhalb ihres Bezirks nicht decken können.

Der Vorteil dieser Regelung besteht darin, daß die örtlichen Arbeitsnachweise, die im Einzelfall die Erwerbslosenfürsorgeunterstützung bewilligen und damit über die Ausgaben beschließen, nach wie vor über die Höhe des Beitrags, d. h. über die Einnahmeseite, bestimmen können und, da sie die ungedeckten Ausgaben nicht ohne weiteres auf die Ausgleichskassen abwälzen können, das Interesse an einer sparsamen Finanzwirtschaft behalten. Auf der anderen Seite wird aber durch die Provinzialkassen und die Bundes-Ausgleichskasse der erforderliche Ausgleich zwischen Gebieten mit geringer und größerer Erwerbslosigkeit herbeigeführt.

Holz, 26. Aug. Eine Gansgeschichte beschäftigt das Hagenener Schöffengericht als Berufungssitzung. Pfingsten 1923 war einer Frau in Holz bei Schwerte eine junge Gans gestohlen worden. Dreiviertel Jahr später sagte ihr ein Arbeiter, das Tier befände sich auf der Schwerte Heide. Dort wohnte die Braut des Arbeiters Gustav F., den das Amtsgericht in Schwerte zu 50 Mark Geldstrafe verurteilte. Die beschuldete Frau ist in Schwerte Heide gewesen. Sie erklärte, sie habe dort ihre Gans an Gestalt und Bewegungen wieder erkannt und auch die Gans habe sie sogleich wieder erkannt. Da außer diesem Erkennungsvermögen der Gans kein Beweis dafür vorlag, daß F. der Gansmörder war — auch jener Arbeiter wußte keine Angaben zu machen — so erkannte das Hagenener Gericht auf Freisprechung und übernahm auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse.

Gevelsberg, 25. Aug. (Die verräterischen Spielkarten.) Zwei schwere Einbruchsdiebstähle verübte der hiesige Franz Böller von hier, einen davon gemeinsam mit dem Kriminologen Otto Corbach von hier. Im Herbst vorigen Jahres begaben sich die Genannten zum Geschäft des Gemüthshändlers Kauf. Während C. Schmiere stand, erbrach B. mit einer Eisenklinge die Tür und holte sich zwei Säcke mit Rotzoll und Obst. Im zweiten Falle hat B. beim Wirt Hiltberg eine Scheibe eingeschlagen, ist dann eingestiegen und hat alles Erreichbare mitgenommen: u. a. ein Spielkarten. Dieses wurde ihm zum Verurtheil. Eine Karte hatte einen bestimmten Fehler, woran das bei B. vorgefundene Spiel sicher wiedererkannt wurde. Dieser Angeklagte, schon vorbestraft, wurde als trunt und händelsüchtig geschätzt, es liegen gegen ihn auch Verdachtsgründe für weitere Einbruchsdiebstähle vor. Das Gericht verurteilte ihn mit derben Umständen und erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Der noch unbestrafte C. wurde zur gelegentlichen Mindeststrafe von 3 Monaten mit Bewährung gegen 60 Mark Buße verurteilt.

Hort, 26. Aug. (Mit dem Rasiermesser die Nase abschneiden.) Auf der Hörter Angewandtkasse geriet der Bergmann Karl Meyer mit dem Bergmann Paul Keller in Streitigkeiten, in deren Verlauf der erste dem zweiten mit einem Rasiermesser das Gesicht zerkratzte und die Nase zum Teil abschnitt. Der zweite wurde festgenommen. Der Verletzte wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Münster, 23. Aug. Durch ein tragisches Mißgeschick wurde die Familie Badermeyer und Gastwirt Johannes Wendel hierseits plötz-

lich in tiefe Trauer veretzt. Der älteste Sohn Johannes Wendel, tüchtig in seinem Beruf als Bäcker, machte am Sonntag nachmittags mit noch zwei Freunden eine Radtour über die Gasse. In der sehr abschüssigen Kurve der Landstraße vorn im Dorf Wenzel verlor er die Gewalt über das Rad. Bei dem Sturz schlug er mit dem Kopf auf die Spitze des einer über die Gasse liegenden Steinplatte des Zuges zur Wohnung des Landwirts Griller geriet. Schellwag. Der Anprall war so gewaltig, daß der Schädel eingedrückt wurde und Knochen splitter ins Gehirn drangen. In bewußungslosem Zustande brachte man den Schwerverletzten in das hiesige Krankenhaus, wo er bereits in der Nacht von seinen Schmerzen erlöst wurde. Beide Eltern waren auf einer Wallfahrt nach West und erfuhren erst spät abends, als sie heimkehrten, von dem schweren Unglück ihres Sohnes.

Bad Drenhausen, 25. Aug. Die westfälischen Schachturniere, die in der Zeit vom 31. August bis 7. September hier im Kurhaus ausgetragen werden, sind ein bedeutendes Ereignis auch für die Schachfreunde über unsere Provinz hinaus, da an ihnen sich die Elite der westfälischen Schachwelt beteiligt. Im Meisterturnier wird um die Würde des Verbandmeisters gekämpft. Es nehmen daran teil die Herren Wanger-Gesford, Dietrich-Dortmund, Dr. Abo Krämer-Detmold, Reppmüller-Bielefeld, Dr. Schäfer-Göckel, Schellwag-Bielefeld, Stomcon-Gesford, Thamm-Siegen, Jürnich-Wende. Das Hauptturnier wird in mehreren Gruppen ausgetragen. Teilnehmer sind u. a. die Herren Wanger-Gesford, Groos-Siedlenger, General v. Griller-Höbelen, Dr. Gille-Regelm, Schömann-Bielefeld, Hülshoff-Hamm, Wab-Münster, Dr. v. Neumann-Detmold, Sander-Siegen. Die Gruppenleiter treten zu einer Siegergruppe zusammen, aus welcher der neue westfälische Meister hervorgeht. Neben- und Gastturniere werden noch festgelegt, sie richten sich nach der Zahl der Teilnehmer. Außerdem findet ein Lösungsturnier statt, zu welchem der Verbandmeister und Problemkomponist Dr. A. Krämer einen Vierkämpfer gewählt hat. In allen Turnieren kommen Preise zur Verteilung.

Die enttäuschten Auswanderer.

Bielefeld, 26. Aug. Die Fülle der Leiden, Entbehrungen und Enttäuschungen, denen die leichtgläubig nach Brasilien ausgewanderten Familien drüben ausgesetzt sind, spricht aus einem Brief einer Bielefelder Frau, die an ihre Eltern u. a. schreibt: „Liebe Eltern! Was wir für Strapazen hinter uns haben, das haltet Ihr nicht für menschlich. Ich möchte Euch dringend ans Herz legen, alle zu warnen, die auswandern wollen, denn Schlimmeres kann ich mir nicht denken. Nicht einmal, sondern tausendmal denke ich: Wärs du doch zu Hause geblieben! Jetzt sind wir schon zwei Monate unterwegs, und noch nicht an Ort und Stelle. Drei Wochen schlafen wir schon unter freiem Himmel, auf der Weide oder im Walde. Und die Kost? Na, alle Tage zweimal angebratenen Reis. Brot gibt es überhaupt nicht. Ich will Euch mal die Fahrt schildern. Zunächst drei Wochen mit dem Schiff. 10 Tage auf der Blumeninsel, vier Tage und Nächte im Zuge gefahren, dann 10 Tage in Calahiba Aufenthalt im freien Feld. Nun ging's los, das Schlimmste, was ich jemals im Leben mitgemacht habe: 10 Tage mit dem Segelschiff gefahren, ich sage Euch, die reiste Todesfahrt. Wie die Heringe sind wir Frauen und Kinder in die Kasse eingesperrt worden. Bewegungen konnten wir uns überhaupt nicht. Jeden Augenblick ging's schrei von Kindern los, denn wir glaubten immer: Jetzt klappt es um. Die Brücken trachten, wenn wir darüber fuhren. Nichts wie das Schreien der Frauen und Kinder. Die Männer gingen zu Fuß hinterher. Endlich nach 10 Tagen kamen wir in Campinar an. Hier fanden wir in einem deutschen Kloster sehr gute Aufnahme. Die Kinder bekamen sofort Milch und Eiern. Wir bekamen Wein und Eiern. Am nächsten Tage ging's wieder weiter. Es blieben 60 Kranke Frauen, Männer und Kinder im Kloster zurück. Im ganzen waren wir zu 216 Personen; die meisten sind von Berlin und Düsseldorf. Die Gesunden mußten wieder 12 Tage mit der Kolonne ziehen. In einem Tage haben unsere Männer nicht weniger als 64 Kilometer gemacht. Sie haben alle ihre Beine kaputt. Am schlimmsten ist hier das Ungeziefer, zum Beispiel Ameisen, große und kleine Karapatten und Sandflöhe. Diese freßen sich ins Fleisch ein, und die Wunden beginnen zu eitern. Dann führen wir noch zwei Tage mit Lastautos durch Feld und Wald. Nun müssen wir noch drei Tage laufen.“

g Osterfeld, 20. August. (Selbstmord.) Am vergangenen Samstag wurde der Reisende Wilhelm vom Hoff aus Osterfeld, Erlenstraße 40, von einem ausfahrenden Güterzuge überfahren und sofort getötet. Nach der Lage der Leiche scheint — wie die Reichsbahnverwaltung Osterfeld mitteilte — Selbstmord vorzuliegen.

Sölingen, 20. Aug. (Erleichterungen beim Wohnungsbau.) Die Bedingungen für den Verkauf von Grundstücken an den Spar- und Bauverein Sölingen sowie den Baumeister-Wohnungsbaubere in für die Errichtung von Wohnhäusern wurden von der Stadtverwaltung wie folgt festgelegt: Die Grundstückspreise betragen für alle Grundstücke bis 30 Mark je Quadratmeter. Die Zahlung der Baukosten soll aus der Hauszinssteuer-Einnahme der Stadt erfolgen. Die Mehrkosten für die Fundamentarbeiten von Grundstücken, die einen tiefen Untergrund haben, werden von der Stadt übernommen. Der Kaufpreis der von der Stadtverwaltung an den Baumeister-Wohnungsbaubere überlassenen Grundstücke ermäßigt sich hierdurch von 37 373 Mark auf 18 814 Mark, für die Grundstücke des Spar- und Bauvereins von 3736 Mark auf 2802 Mark.

Osterhausen, 20. Aug. (Warnungsschuss für Automobile.) Die Polizeiverwaltung hat, um das wilde Fahren mit Kraftfahrzeugen während der Nacht mit unbeeinträchtigter Kennzeichen wirkungsvoller zu bekämpfen, den Polizeibeamten Anweisung gegeben, einen Warnungsschuss zu geben. Sobald ein Kraftfahrzeug auf Anruf oder auf das gegebene Zeichen nicht hält, so ist der betreffende Polizeibeamte genötigt, einen Schuss in die Maschinerie des Autos abzugeben, um dieses zum Stehen zu bringen. Ferner hat die Polizeiverwaltung in jedem Polizeirevier eine Kontrollstraße zur Prüfung der Fahrgeschwindigkeit durch Stoppfahnen eingerichtet. Diese Kontrollen werden täglich abwechselnd durchgeführt.

Kempen, 23. Aug. Unter dem Verdacht des Mädchenhandels wurden auf dem hiesigen Bahnhof zwei Holländer verhaftet, in deren Begleitung sich zwei Mädchen befanden. Sie stammten aus Düsseldorf und führten mit dem Zehnährigen von Krefeld in der Richtung nach Kempen weiter. Die Mädchen, von denen das eine aus Hord-Gemmer und das andere aus Essen stammt, hatten die Männer in Düsseldorf kennen gelernt, die sie unter dem Vorwand, für eine Stellenvermittlung unter besonders günstigen Verhältnissen in Holland zu sorgen, zu der Fahrt bezogen hatten. Alle vier Personen reisten auf einer Fahrkarte 4. Klasse, die nach Kempen lautete.

Köln, 26. Aug. Einen dreifachen Raub verübte ein Arbeiter aus Troisdorf. Er folgte von der Reichsbahn aus einem Kassenboten, der für seine Firma 8000 Mark abgeholt hatte. Als der Boten einen Straßenbahnwagen bestieg, folgte er ihm und entließ dem Führer die Geldtasche. Dann sprang er von dem Wagen ab. Der Räuber wurde verfolgt und konnte festgenommen werden.

Neuß, 21. Aug. (Ein neuer Paddelbootunfall.) Sonntag nachmittag schlug auf dem Rhein ein mit zwei Herren besetztes Paddelboot um. Während sich der eine Insasse des Bootes durch Schwimmen retten konnte, ertrank der andere, der Aufsteiger Neusch. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Reck, 26. Aug. (Ein vielseitiger Hochkapler verhaftet.) Entlarvt und festgenommen wurde in einem hiesigen Hotel ein gefährlicher Hochkapler, der seine Opfer seit 10 Jahren in der ersten Gesellschaft suchte. Er gab sich als ehemaliger preussischer Offizier und als politischer Flüchtling aus. Vornehmlich knüpfte er Verbindung mit Damen erster Klasse, die er in der gemeinsten Weise zu betören und auszunutzen verstand. Ferner wußte er sich Zugang zu allen politischen Parteien zu verschaffen, um für sie gegen Vergütung tätig zu sein und sie gegenwärtig anders auszuspielen. Im Laufe der Ermittlungen hat sich weiter herausgestellt, daß er an einem zehnjährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen begangen hat. In seinem Besitz wurden Dinge mit Wertsachen vorgefunden, sowie Belastungsmaterial, das auf landesverräterische Antriebe schließen läßt.

Uhrweiler, 26. Aug. (Unregelmäßigkeiten in der Notgeldwirtschaft.) Amtlich wird mitgeteilt, daß im Kreis Uhrweiler im ganzen 325.000 Billionen Mark mehr zur Einführung vorgelegt wurden, als ausgegeben waren. Die polizeilichen Ermittlungen führten zu Verhaftungen in einer Druckerie in Uhrweiler in der das Notgeld hergestellt war.

Das Martyrium zweier Kinder.

Die Ferienkammer verhandelte im Revisionsverfahren gegen das Urteil gegen den Kaufmann Bruno Görs und seine Ehefrau. Görs ist in erster Ehe geschieden worden und besitzt aus zweiter Ehe die Kinder Arno und Emmi. Gegen diese beiden Kinder gingen die Eltern mit bestialischer Wut vor. Im Herbst 1921 zog das Ehepaar mit den damals 13 und 14 Jahre alten Kindern auf ein in Kallmünchen erworbenes Grundstück. Hier mußten die Kinder schwere körperliche Arbeit bei strenger Kälte oft bis spät abends verrichten. Der Vater stand im warmen Pelzmantel dabei oder sah vom Fenster aus zu. Wenn die Kinder zu langsam arbeiteten, schlug er sie mit dem Rohrstock. Ein andermal mußten sie einen Brunnen, der eingestürzt war, bis in die späten Nachstunden austanzen. Die Ernährung der Kinder war sehr schlecht. Schließlich bekam das Mädchen nach dem Mittagstisch gar nichts mehr zu essen. Aus Hunger verzehrten sie daher oft am Abend schon das Frühstück; das die Eltern nicht zurecht gemacht hatte. Dafür gab es immer mehr Schläge. Die kleine Emmi wurde mit einem Strick an den Stuhl gebunden, wobei der Vater haß. In letzter Zeit wurde sie sogar an einem Haken, der auf dem Treppensprung dafür angebracht worden war, festgebunden und geschlagen. In dieser Stellung wurde das bedauernswerte Kind zu elektrisierenden Handlungen gezwungen. Auch mußte die kleine Emmi im Stall auf einer mit einem Strohsack belegten Holzplatte schlafen. — Das Eingreifen des Gemeindefriedensrates machte dieser Leidenszeit der Kinder schließlich ein Ende. Ein Arzt stellte starke Verwundungen und Unterernährung fest. Weiter ergab sich, daß die Körper der Kinder mit Frostbeulen, blutunterlaufenen Stellen und Geschwüren bedeckt waren, so daß Emmi nur sehr schwer gehen konnte. Die Kinder wurden deshalb auf Anordnung des Vormundschaffsgerichts anderweitig untergebracht. Görs und Frau wurden vom Schöffengericht Mittenwalde zu sechs respektive drei Monaten Gefängnis verurteilt. Hiergegen legten die Angeklagten Berufung ein. Auch der Staatsanwalt beehrte dieses Rechtsmittel, leider aber zu spät. Das Gericht erkannte auf Verurteilung der Berufung.

Weitere Nachrichten.

— Ein großer Meteor über Berlin. Eine interessante Naturerscheinung war über Berlin zu beobachten. Am westlichen Himmel ging ein großer Meteor nieder. Der über dem Sän-

fermeer zerplatzte. Zahlreiche feurige Ringe sprühten auseinander, fielen nach der Erde und erloschen dann.

Bei der Beobachtung des Mars

auf der Hamburger Sternwarte konnte Professor Graß das Vorhandensein verschiedener Kanäle, die seinerzeit von dem Astronomen Schiaparelli entdeckt worden sind, und mehrere Landbüsche, die als Beweis für das Vorhandensein von Festland auf dem Mars betrachtet werden, feststellen. Weiter entdeckte Professor Graß schwarze Gebilde, die wohl als Marsmeere zu deuten sind, und intensiv gelbe Flecke, deren Ursprung noch völlig rätselhaft ist.

Wie der amtliche englische Funkdienst mitteilt, nehmen die Sachverständigen und die Beobachter des Funkverkehrs lebhaften Anteil an den Versuchen der ganzen Welt, mit dem Planeten Mars in Verbindung zu treten. Von Canada wird gemeldet, daß heute früh die drahtlosen Apparate der Station Point Grey geheimnisvolle Zeichen (H) haben, deren Sendestation völlig unbekannt ist. Auch andere Funkempfänger in diesem Lande berichten, daß sie eigenartige Zeichen vernommen hätten. In fahrenden wissenschaftlichen Kreisen wird in dessen die Möglichkeit, daß irgendwelche Ergebnisse erzielt werden, bezweifelt.

— Der Atlantische Ozean überflogen. Die amerikanischen Weltflieger sind in Genuß in Frederiksdal gelandet, nachdem sie den Atlantischen Ozean überquert haben. Der Weltumrundung ist somit zur Wirklichkeit geworden. Die Weltflieger hatten das amerikanische Festland in westlicher Richtung nach Afrika verlassen und sind von Osten kommend wieder gelandet. In 44 Flugtagen haben sie etwa 33 000 Kilometer zurückgelegt, und bis zum letzten Ziel, Washington, sind noch ungefähr 3500 Kilometer zurückzulegen.

— Die Hebung der deutschen Flotte bei Scapa Flow. Die Arbeiten zur Hebung der deutschen Flotte bei Scapa Flow schreiten fort. Zwei Beschützer konnten an die Oberfläche gehoben werden. Die Firma, die mit den Hebungsarbeiten betraut ist, teilt mit, daß ein drittes Schiff im Laufe der kommenden Woche gehoben werden wird. Ein Schlachtschiff, „Hindenburg“ und „Seeyd“ sollen während dieses Jahres vorläufig noch nicht gehoben werden.

— Mähernte im Wolgagebiet. Im Wolgagebiet ist in diesem Jahre eine große Mähernte zu verzeichnen. Nahezu drei Viertel der gesamten Saatfläche in den vier erstklassigen Auturen Roggen, Weizen, Gerste und Hafer sind so gut wie vollständig geerntet. Von insgesamt angebauten 196 407 Desjatinen Roggen sind 145 858 geerntet, von 237 210 Desjatinen Weizen 165 120 Desjatinen, von 43 124 Desjatinen Gerste 36 941 Desjatinen und von 714 Desjatinen Hafer 567 Desjatinen. Es sind also im ganzen 73,1 Proz. geerntet. Wie schwierig sich die Ernährung der Bevölkerung in der deutschen Wolgarepublik gestalten wird, ersieht man daraus, daß die gesamte Ernte noch nicht einmal ausreicht, um ein Kub (40 Fubd) für einen Eiser zu liefern. Eine Desjatin ist gleich 109 1/2 Ar.

— Mit dem Kaiserzeichen. Der Sowjetregime fandte für Polen, Kojow, der das Todesurteil über den Zaren und seine Familie unterzeichnet hat, ist von der bolschewistischen Regierung nicht beständig worden. Kojow ist seinerzeit auch von der tschechischen Regierung als Gesandter abgelehnt worden.

— Unter dem Verdacht des dreifachen Gattenmordes. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete die 55jährige Witwe Marie Krüger, die in dem Verdacht steht, in Hammer, in der Nähe von Landsberg (Warthe), am 18. September 1923 ihren Gatten ermordet zu haben. Die Polizei nimmt an, daß sie auch ihre beiden früheren Gatten ermordet hat, um sie zu beerben.

Bootsunglück auf der Alster. Auf der Alster brach eine Bst. vor der Seentischbrücke ein Galtboot zum Sinken. Die Insassen, die 18- und 19jährigen Gebrüder Sell ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Kleine Nachrichten.

Für das deutsche Buchdruckgewerbe fällt in der Nacht zum 23. August ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Schlichtungsausschuss einen Streikspruch dahin, daß der bisherige Lohn bis zum 3. Oktober unverändert fortbesteht. Für das beste Gebot von Rheinland und Westfalen ist ein Abkommen der Arbeitgeber ab 21. September für einjährige festgesetzt.

In dem wegen Verdacht der Teilnahme an dem Erzbergerattentat in Budapest verhafteten Deutschen, welche sich bisher nennt, wollen Kriminalbeamte des Nordes die hiesigen Kaufmann Schulz erkannt haben. Die Untersuchung wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die Humanität mitteilt, hat Ministerpräsident Herrort im Einverständnis mit dem Kriegsminister Befehl gegeben, daß der Prozess gegen die Kommunisten in Wien, Lande, der am 23. August in Wien zur Verhandlung kommen sollte, auf unbestimmte Zeit verlagert wird.

Nach einem Bericht aus Tanger beherrschten die spanischen Truppen überall die Lage. Auch die Stimmung der Eingeborenen den Spaniern günstiger geworden.

In Bulgare sind 21 rumänische Kommunistenführer verhaftet worden. In Westfalen wurde wiederum ein großes Waffenlager entdeckt. Man nimmt an, daß die Waffen über die russische Grenze eingeschmuggelt worden sind.

